

# Luzerner Tagblatt

Hagelwetter  
im Zürcher Unterland

Der Bundesrat  
zur Franc-Abwertung

New York feiert Astronauten LM



Montreux strebt in die Höhe

Der Touristenort am Lac Léman weicht der modernen Zeit auch architektonisch nicht aus. Mehr und mehr werden Hochhäuser und Apartmenthäuser nach großstädtischer Manier gebaut. Das zurzeit überragende Gebäude ist der Wolkenkratzer «Elfenbeinturm»

## Neue russisch-chinesische Gefechte

Tote und Verletzte auf beiden Seiten - Gegenseitige Beschuldigungen und Protestnoten - Versüßerte Spannung

Moskau, 13. Aug. (UPI) Gefechte zwischen russischen und chinesischen Truppen an der Grenze der chinesischen Provinz Sinkiang zur Sowjetrepublik beider Länder am Mittwoch erneut verschärft. Für den Ausbruch der Kämpfe gaben die beiden Seiten einander gegenseitig die Schuld.

Moskau betonte in einer Protestnote, chinesische Soldaten seien im Gebiet von Semipalatinsk auf sowjetisches Territorium vorgedrungen. Auf sowjetischer Seite seien mehrere Tote und Verwundete zu beklagen. Demgegenüber erklärte Radio Peking, mehrere hundert Sowjetsoldaten seien mit Panzerunterstützung in die chinesische Provinz Sinkiang eingedrungen und hätten die chinesischen Grenzposten angegriffen. Mehrere chinesische Soldaten seien während der Kämpfe gefallen.

Die Sowjetregierung erklärte in ihrer Note, trotz Warnsignalen und der Aufforderung, das Territorium zu verlassen, «blieben die Grenzverletzer nicht nur auf sowjetischem Hoheitsgebiet, sondern schossen auch auf die russischen Grenzsoldaten». Von chinesischer Seite

aus sei der Versuch unternommen worden, «weitere Truppen heranzuschaffen». Sowjetsoldaten hätten die «Eindringlinge» jedoch zurückgeworfen. Zwei chinesische Offiziere seien gefangen genommen worden.

Moskau wirft Peking vor, die «bewaffnete Provokation im voraus geplant» zu haben. Es gebe Beweise dafür, daß auf der chinesischen Seite der Grenze bereits am 12. August Truppen zusammengezogen worden seien. Die russischen Grenztruppen hätten alles getan, um Kämpfe zu vermeiden. Ihre Forderung nach einem Zusammentreffen mit Vertretern der chinesischen Truppen sei jedoch von chinesischer Seite zurückgewiesen worden.

China forderte demgegenüber den «sofortigen Rückzug aller Sowjettruppen vom chinesischen Territorium und die sofortige Feuereinstellung». Nach chinesischer Darstellung waren Sowjettruppen rund zwei Kilometer von Telekuchi entfernt auf chinesisches Gebiet vorgedrungen und hatten «ohne jeden Grund» das Feuer auf die Chinesen eröffnet. «Sie töteten und verwundeten mehrere Grenzsoldaten und entführten chinesische Offiziere». Die chinesischen

Soldaten hätten darauf «in Selbstverteidigung» zurückgeschossen.

Bereits im Mai und Juni war es bei Semipalatinsk zu Gefechten gekommen. China erhebt seit längerer Zeit auf dieses Gebiet Anspruch, der von der sowjetischen Regierung jedoch als völlig unberechtigt zurückgewiesen wird. — Letzten Freitag hatten sich Delegationen der UdSSR und Chinas nach sechswöchigen Verhandlungen in Chabarowsk auf die Wiederaufnahme der seit fast zwei Jahren ruhenden Schifffahrt auf den Grenzflüssen Ussuri und Amur geeinigt. Der erfolgreiche Abschluß dieser Verhandlungen war als Anzeichen einer Entspannung zwischen den beiden kommunistischen Großmächten gewertet worden.

Fortdauer der Kämpfe

Aus sowjetischer Quelle war zu vernehmen, daß die Kämpfe zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen andauern. Es scheint, daß die Verluste größer sind, als nach der ersten Meldung von Tass anzunehmen war, in der von «einigen Toten und Verwundeten» die Rede war. Auf beiden Seiten hätten sich mehrere hundert Mann an den Kämpfen beteiligt.

## Anhaltende Spannung in Nordirland

Fortdauer der Unruhen in Londonderry - Neue Zwischenfälle - Britische Truppen in Alarmbereitschaft

Londonderry, 13. Aug. (UPI) Die Regierung Nordirlands hat wegen der schweren Unruhen zwischen Katholiken und Protestanten für den Rest des Monats August sämtliche Demonstrationen im Freien und andere Versammlungen der Religionsgemeinschaften verboten. Ein geplantes Treffen der Katholiken in Dunguivan am Freitag muß daher ausfallen. Die jüngsten Kämpfe hatten sich an einer protestantischen Zusammenkunft in Londonderry entzündet, die von den Katholiken als Provokation empfunden worden war. Bei den Unruhen in Londonderry gab es 140 Verletzte, darunter 90 Polizisten.

(AFP) Am Mittwochmorgen kam es in Londonderry zu neuen Zwischenfällen. Das Polizeikommissariat Rosemount wurde mit Brandbomben angegriffen. In verschiedenen Straßen loderten immer noch Brände. Nach Angaben der Polizei ist ein 20jähriger Manifestant angeschossen worden. Die Kugel blieb in der Schulter stecken, konnte jedoch im Spital entfernt werden.

Seit Beginn der Unruhen im Oktober 1968 mußten in Nordirland 656 Polizisten bei einem Totalbestand von 3000 in Spitalpflege gebracht werden.

Im Laufe des Mittwochvormittags stieg die Spannung wieder in Londonderry. Hinter vereinzelt «Barrikaden im «Bogside» formierten sich erneut etwa 100 Leute. — Mehrere katholische Familien sollen ohne Obdach sein, ihre Häuser seien von Protestanten niedergebrannt worden. — Auf den Zufahrtswegen in die Stadt sind überall Barrikaden errichtet. Es wird vermutet, daß sie die Ankunft von Verstärkungen erschweren sollen. In der Nacht waren 300 britische Soldaten nach dem Stützpunkt «Sea Eagle» verlegt worden, der den Lough Foyle beherrscht.

Chichester-Clark verschiebt USA-Besuch

Der nordirische Premierminister Chichester-Clark hat beschlossen, seinen für September vorgesehenen Besuch in den Vereinigten Staaten infolge der gespannten Lage zu verschieben.

## Neue Beschuldigungen gegen Kennedy

Washington, 13. Aug. (UPI) Der amerikanische Journalist Jack Anderson beschuldigte Senator Edward Kennedy, er habe entgegen seinen Aussagen vor Gericht nicht versucht, Mary Jo Kopechne schwimmend zu retten, sondern er habe vielmehr daran gedacht, «wie sein Traum von der Präsidentschaft» gerettet werden könne. Diese Beschuldigung ist in einer größeren Zahl amerikanischer Morgenzeitungen veröffentlicht worden, die einen regelmäßig erscheinenden Washingtoner Bericht von Jack Anderson zum Abdruck bringen.

Anderson wiederholt darin die bereits kürzlich von ihm vertretene Behauptung, Kennedy habe nach dem Autounfall, bei dem die 28jährige Sekretärin Mary Jo Kopechne ums Leben kam, zunächst versucht, seinen Vetter Joe Gargan zu überreden, die Schuld an dem Unfall auf sich zu nehmen. Erst als ihm am nächsten Morgen klar geworden sei, daß diese Ver-

sion einer Nachprüfung nicht werde standhalten können, sei für Kennedy «der Augenblick der Wahrheit» gekommen.

Schwangerschaft Jackies wird dementiert

Athen, 13. Aug. (UPI) Der griechische Milliardär Aristoteles Onassis hat am Mittwoch den Bericht einer französischen Wochenzeitung, daß seine Frau Jacqueline ein Baby erwarte, dementieren lassen. Ein Vertreter von Onassis nannte die Meldung «lächerlich». «Selbst wenn es wahr wäre», so fügte er bei, «würde dies eine sehr persönliche Angelegenheit, welche die Presse nicht interessieren sollte.»

Die Pariser Wochenzeitung «France Dimanche» hatte auf ihrer Titelseite berichtet, daß «Jackie» in der letzten Zeit dreimal den führenden griechischen Gynäkologen Professor Thomas Doxiades aufgesucht habe. Sie berief sich außerdem auf einen Freund des Ehepaares, der die Schwangerschaft bestätigt haben soll.

## Stammesrivalitäten in Kenia

Scharfe Auseinandersetzungen im Parlament - Erhöhte Spannungen seit der Ermordung Tom Mboya

Nairobi, Kenia, 13. Aug. (UPI) Zu einer stürmischen Auseinandersetzung ist es im Parlament von Kenia über die Rivalitäten zwischen den Stämmen des Landes gekommen, die seit der Ermordung des Planungsministers Tom Mboya vor über einem Monat das politische Leben beherrschen. Vertreter der Opposition warfen Präsident Jomo Kenyatta vor, er halte in seinem Haus Geheimnisse ab und lasse sich dabei von Angehörigen seines Kikuyu-Stammes Treue schwören. Die Vertreter der anderen Stämme forderten, er solle diese Geheimnisse abstellen, andernfalls würden Gegenmaßnahmen ergriffen.

In dem Prozeß gegen Hahashon Isaac Njoroge, der des Mordes an Tom Mboya angeklagt ist, kam am zweiten Verhandlungstag der Verdacht auf, daß Njoroge möglicherweise im Auftrag einer Gruppe gehandelt hat. Nach Aussagen von Polizisten, die Njoroge vier Tage nach dem Attentat festnahmen, soll der Angeklagte gesagt haben: «Warum nehmt ihr mich? Warum nicht den großen Mann?» Njoroge verweigerte jede Aussage über seine möglichen Auftraggeber. In dem Verfahren soll entschieden werden, ob Njoroge sich vor einem höheren Gericht verantworten muß.

## Ceausescu Stellung weiter gestärkt

Altkommunisten aus dem rumänischen Parteipräsidium ausgeschlossen - Ein Triumvirat übt die Macht aus

Bukarest, 13. Aug. (UPI) Der zehnte Parteitag der rumänischen KP in Bukarest hat die einmütige Billigung der Unabhängigkeitspolitik des Partei- und Staatschefs Ceausescu gebracht. Der Kongreß ist nach siebenstägiger Dauer zu Ende gegangen, nachdem die mehr als 3000 Delegierten Ceausescu einstimmig als Parteichef wiedergewählt hatten.

In einer Abschlusssprache, bei der ihn seine Zuhörer stürmisch feierten, äußerte Ceausescu die Hoffnung, daß dieser Parteitag dazu beitragen werde, «alle Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und in der Welt zu überwinden». Bei der Neuwahl der obersten Parteigremien war das Zentralkomitee von bislang 120 auf 165 Mitglieder erweitert worden. Im neunköpfigen Parteipräsidium gab es Veränderungen zugunsten der Politik Ceausescus.

Die beiden Altkommunisten Gheorghe Apostol und Chivu Stoica wurden nicht mehr in das Präsidium gewählt. Beide waren treue Gefolgsleute von Gheorghe Gheorghiu-Dej gewesen, an dessen Stelle als Parteichef Ceausescu 1965 getreten war.

Apostol, der unter Gheorghe Gheorghiu-Dej als dessen Nachfolger angesehen wurde, und Stoica, ein ehemaliger Ministerpräsident, waren in zweitrangige Ämter abgeschoben worden, hatten jedoch bisher ihren Sitz im Parteipräsidium behaupten können. Im neuen Präsidium ist nur noch Emil Bodnăres einer der ehemaligen Anhänger von Gheorghiu-Dej. In Bukarest wird jedoch erwartet, daß er sich in Kürze aus Gesundheitsgründen aus der Politik zurückziehen werde. Er hatte wegen Krankheit am Parteitag nicht teilnehmen können.

Dem Präsidium des Zentralkomitees gehören an: Nicolae Ceausescu, Ion Gheorghe Maurer, Emil Bodnăres, Paul

Niculescumizil, Gheorghe Pana, Dumitru Petrescu, Gheorghe Radulescu, Virgil Trofin und Ilie Verdetz (neun Mitglieder).

Die eigentliche Macht liegt in den Händen dreier Männer — bei Ceausescu, dem Parteichefideologen Paul Niculescu-Mizil, der auf dem Parteitag eine programmatische Rede hielt, Ilie Verdetz. Dieser war 1966 in das Parteipräsidium aufgerückt, ohne zuvor wie üblich Mitglied des Exekutivkomitees gewesen zu sein.

Nach seiner Rede vor dem Kongreß trat Ceausescu auf den Balkon der Tagungsstätte und wurde von mehr als 75 000 auf dem Platz versammelten Menschen umjubelt, als er ausrief: «Es lebe das große Volk Rumäniens, es lebe die Sache des Sozialismus in Rumänien, es lebe die marxistisch-leninistische Solidarität!» — Der sowjetische Gastdelegierte Konstantin Katuschew stand unbewegten Gesichts neben ihm.

## Gewerkschaftsbund CGT «bereit zum Kampf»

Der kommunistisch dirigierte französische Gewerkschaftsbund CGT ist nach den Worten seines Generalsekretärs George Seguy «bereit zum Kampf», falls seine Forderung nach umfassenden Lohnerhöhungen nicht erfüllt werden sollte. Das betonte Seguy in der «Humankité».

(UPI) Seguy schreibt in kommunistischen Parteiorganen: Sollte die CGT ihre Forderungen mit Streiks durchsetzen, würde dies jedoch nach Ansicht von Wirtschaftsexperten die Auswirkung der Franc-Abwertung untergraben.

Ähnliche Forderungen der Gewerkschaften im Mai und Juni 1968 hatten zu Lohnzugeständnissen der damaligen Regierung Pompidou geführt, die scharfe Preissteigerungen auslösten. Die Lebenshaltungskosten stiegen nach einer Aufstellung der Internationalen Organi-

sation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) allein im ersten Quartal 1969 um fünf Prozent. Besonders betroffen waren die Preise für französische Exportgüter, deren Höhe ein Mißtrauen gegenüber dem Franc schuf, dem die Regierung durch die Abwertung jetzt begegnen will.

Seguy erklärte in seinem Artikel, daß die CGT nicht die Absicht habe, die Regierung zu unterstützen. Eine Zu-